

Antrag auf Mehrbedarf für digitale Endgeräte für den Schulunterricht gemäß § 21 Abs. 6 SGB II

Tag der Antragstellung:	Jobcenter Teltow-Fläming Team:	Eingangsstempel/Hdz.:
-------------------------	-----------------------------------	-----------------------

Nummer der Bedarfsgemeinschaft _____

Name, Vorname des Antragstellenden _____

Es wird ein Mehrbedarf für digitale Endgeräte für den Schulunterricht für das Kind

(Name)_____
(Vorname)_____
(Geburtsdatum)beantragt, welches eine **allgemein-/berufsbildende Schule** besucht.**Erklärung des Antragstellenden:**

Wird von der Schule bereits ein digitales Endgerät zur Verfügung gestellt?

 ja nein

Das digitale Endgerät kann nicht anderweitig (insbesondere durch Zuwendungen Dritter) oder aufgrund von Einsparmöglichkeiten beschafft werden?

 ja nein

Es wird die nachfolgende Ausstattung beantragt:

 Tablet PC /Laptop Tastatur Maus Drucker Erstbeschaffung von Druckerpatronen Sonstiges: _____

- **Bitte legen Sie die Bestätigung der Schule bzw. des Schulträgers vor (Anlage 1).**
- **Reichen Sie bitte zwei Kostangebote für das beantragte digitale Endgerät ein. Diese werden für die Bearbeitung Ihres Antrages benötigt.**

Hinweise:

Für jedes schulpflichtige Kind im Homeschooling ist ein gesonderter Antrag zu stellen.

Die Höhe des Mehrbedarfs ist auf der Grundlage der schulischen Vorgaben zu ermitteln und sollte im Regelfall den **Gesamtbetrag von 350,00 EUR je Schülerin oder Schüler** für alle benötigten Endgeräte (z. B. Tablet/PC jeweils mit Zubehör, z. B. Drucker, Erstbeschaffung von Druckerpatronen) nicht übersteigen. Dabei ist der auf einen Drucker entfallende Anschaffungspreis auf alle zur Bedarfsgemeinschaft gehörenden Schülerinnen und Schüler gleichmäßig aufzuteilen. Ein Mehrbedarf wird nur zur Beschaffung eines Druckers anerkannt.

Sie haben im Anschluss Nachweise (z.B. Kaufbeleg) über die zweckentsprechende Verwendung der Leistung für den Mehrbedarf zu erbringen.

Ich versichere, dass die vorstehenden Angaben zutreffend sind.

Sollten Sie falsche bzw. unvollständige Angaben machen oder Änderungen nicht oder nicht unverzüglich mitteilen, müssen Sie und die Mitglieder Ihrer Bedarfsgemeinschaft nicht nur mit der Erstattung der zu Unrecht erhaltenen Leistungen rechnen. Weiterhin setzen Sie sich auch der Gefahr eines Ordnungswidrigkeiten- oder Strafverfahrens aus. Bitte stellen Sie deshalb sicher, dass die Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft über die Mitwirkungspflichten informiert sind und dass diese alle notwendigen Informationen erhalten.

Ort/Datum

Unterschrift Antragstellerin/
Antragsteller

Ort/Datum

Unterschrift des gesetzlichen
Vertreters des/der Leistungsberechtigten